Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Bezugspreis in der Stadt frei Haus monatlich Mk. 5,—, für Abholer Mk. 4.90, durch auswärtige Boten 5,50 Mk. monatlich; bei Postbezug monatl. Mk. 6,— frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 25 Pfg. Postscheck-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 7gesp. Millim. Satzraum 80 Pfg. und der 3gesp. Millim. Reklamezeilen Mk. 1.—. Die laufende Monatsanrechnung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Ziffergebühr 50 Pfg., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Nr. 67. Montag, den 21. März 1921 161. Jahrgang.

Oberschlesiens Schicksalstag.

Gesicherte große deutsche Mehrheit westlich der Oder. — Starker polnischer Wahlterror.

Vorläufiges Gesamtergebnis.

Es stimmten bisher

671 700 deutsch

389 300 polnisch.

Einzelergebnisse.

Es wurden im einzelnen bisher gezählt:

Kreis Kattowitz: (Stadt u. Land) 76 400 Deutsche, 69 800 Polen.

Kreis Königshütte: (Stadt u. Land) 31 848 Deutsche, 21 768 Polen.

Kreis Beuthen: (Stadt u. Land) 59 232 Deutsche, 62 040 Polen.

Kreis Hindenburg: (Stadt u. Land) 36 676 Deutsche, 31 625 Polen.

Kreis Tarnowitz: (Stadt u. Land) 17 600 Deutsche, 27 009 Polen.

Trotz starken polnischen Terrors ist in den Bezirken westlich der Oder eine gesicherte, östlich der Oder eine überwiegende deutsche Mehrheit zu verzeichnen.

Myslowitz, Kattowitz, Königshütte, Tarnowitz, Beuthen, Gleiwitz, Rosenberg, Kreuzburg haben bis zu 90 Prozent deutsch gestimmt. Die Industrie-Landgemeinden Laurahütte, Hindenburg übertreffen die erwartete Mehrheit. Das Ergebnis von Pleß und Rybnik ist ungewiß, jedoch eine polnische Mehrheit wahrscheinlich. Ohne diese ergibt sich eine deutsche Mehrheit von 63 Prozent.

Ueberwältigende deutsche Mehrheit in den Kreisen Oppeln, Kreuzburg und Kattowitz

Oppeln, 21. März. Die Wahl in Oppeln ist bei glänzender Beteiligung ruhig verlaufen. Sie brachte eine große deutsche Mehrheit: im Landkreis Oppeln stimmten 97 Prozent für Deutschland.

Die ersten aus dem Kreise Kreuzburg eingelaufenen Teilergebnisse bestätigen dessen rein deutschen Charakter. Die Abstimmung verlief dort in voller Ruhe. Zwischenfälle haben sich nirgends ereignet. Nach den 1.50 Uhr früh vorliegenden Ergebnissen waren abgegeben für Deutschland 33 980 Stimmen, für Polen 1556.

Breslau, 21. März. (Eig. Drahtber.) Das Abstimmungsergebnis aus der Stadt Kattowitz ergab 91 Prozent deutsche Stimmen, aus dem Landkreis Kattowitz 72 Prozent für Deutschland.

Interessant ist, daß in Oberglogau 5093 Stimmen für Deutschland, 226 für Polen, in Oberglogau Schloßbezirk, dem Sitz des Grafen Oppersdorf, 100 Stimmen für Deutschland, 11 für Polen abgegeben wurden.

100 Prozent Wahlbeteiligung.

Nach Mitteilung der Hauptgeschäftsführung der Verbände heimattreuer Oberschlesier betrug die Wahlbeteiligung in Oberschlesien durchweg 100 Prozent. Auf deutscher Seite herrscht beste Zuversicht.

Nach Mitteilung der interalliierten Kommission in Oppeln sind die dem Publikum nach Schluß der Abstimmung mitgeteilten Ergebnisse als provisorisch anzusehen. Die durch die Wahlbüros festgestellten Stimmergebnisse sind nur dann endgültig, wenn sie von den interalliierten Büros geprüft und von der Regierungskommission bestätigt sind. (!!)

Hilfswerk der oberschlesischen Industrie.

Angesichts der Beschlagnahme der dem Transport der Reichsoberschlesier am Wahltage in gefährdete Dörfer dienenden Automobile stellte die oberschlesische Industrie ihren gesamten Wagenpark zu diesem Zwecke zu Verfügung.

Zweideutige Haltung der oberschlesischen Autonomisten.

Eine durch die Presse gehende Meldung, der Bund der Oberschlesier habe die Wahlparole zugunsten Deutschlands ausgegeben, ist nicht zutreffend. Nach der vom „Bund", dem Organ des genannten Verbandes, ausgegebenen Wahlparole, sollten die Anhänger des neutralen Freistaates dem Lande ihre Stimme geben, zu dem sie sich mehr hingezogen fühlten. „Ungültige Stimmen abzugeben, ist ein Verbrechen. Stimmt so ab, wie Ihr es vor Gott und Eurem Gewissen verantworten könnt."

Die ersten Heimkehrer.

In Breslau trafen gestern Abend bereits die ersten Abstimmungsberechtigten aus Oberschlesien wieder ein. Nach ihren Berichten verlief die Abstimmung in dem Gebiet Groß-Strehlitz, Oppeln, Kandzin ohne Störung. In vielen Orten wehen dort ungehindert polnische Fahnen. Viele Apo-Beamte tragen offen den polnischen Adler an der Mütze. Die Engländer und Italiener benehmen sich fast deutschfreundlich, dagegen unterstützen die Franzosen offen die Polen.

Die Züge waren vollständig überfüllt, sogar die Gepäckwagen mit Abstimmungsberechtigten dicht besetzt. Da man mit einem derartigen Rückstrom gestern noch nicht rechnete, kann der Verkehr nur schwer bewältigt werden. Der Schutzbund traf sofort entsprechende Maßnahmen. Im allgemeinen verlief die Abstimmung ruhig, jedoch wird aus Pleß und Kattowitz-Land starke Bandentätigkeit gemeldet, die die Deutschen an der Abstimmung hinderten.

•

Unerhörter polnischer Terror.

Kämpfe zwischen alliierten Truppen.

Breslau, 21. März. (Eig. Drahtber.) In Rybnik waren in den Wahllokalen nur polnische Stimmzettel vorhanden. Man nimmt an, daß infolge des polnischen Terrors die deutschen Beisitzer bei den Wahlvorständen ihre Aemter niederlegten. Eine erneute Abstimmung in diesen Bezirken dürfte daher erforderlich sein. In einzelnen Orten des Kreises finden Kämpfe zwischen Polen und Italienern statt. Letztere beschlagnahmten die Urnen in den strittigen Gebieten. In einzelnen Stadtteilen von Kattowitz kämpfen Engländer mit Franzosen, angeblich weil erstere die polnischen Störungsversuche nicht energisch genug zurückwiesen. In Lublinitz wurden Sokolvereine, die die Wahlurnen zertrümmern sollten, von englischen Truppen zurückgewiesen. Trotzdem soll in den Kreisen Rybnik und Pleß das Wahlresultat ein sehr gutes für Deutschland sein; die Stimmung sei im großen und ganzen ruhig.

Verbrechen über Verbrechen!

Schlägerei zwischen Engländern und Polen.

Beuthen, 21. März. In der Nacht zum Sonnabend wurde versucht, das Bismarckdenkmal im Beuthener Stadtpark in die Luft zu sprengen. Der Sockel wurde leicht beschädigt, im übrigen riß der Sprengkörper nur ein großes Loch in die Erde. Von den Tätern fehlt jede Spur. Ein Zusammenstoß zwischen Apo und polnischen Sokols erforderte am Sonnabend 2 Tote. Bei einer Schlägerei zwischen Engländern und Polen in Groß-Lassowitz gab es auf beiden Seiten Schwerverletzte. In Eligoth wurde die Schule von den Polen in die Luft gesprengt.

Aus einem Artikel des Berichterstatters des „Tag" über eine Autofahrt durchs Abstimmungsgebiet am Sonnabend geht hervor, daß im Kreise Pleß überall an den Dorfecken Knüppelgarden standen. Im Kreise Rybnik wurden täglich 17 bis 20 deutsche Abstimmungsberechtigte verletzt. Einen jungen Mann schlug man halbtot, weil er seine deutsche Gesinnung äußerte. Die Apotut nichts, um dem Unwesen zu steuern. In Rybnik stellte ein italienischer Offizier die merkwürdige Frage, wer denn nun die auf das Land verteilten einzelnen Gruppen von Soldaten schütze? Nach der Meinung des Berichterstatters hängt das Abstimmungsergebnis in Rybnik vollständig davon ab, ob die interalliierte Kommission gemäß ihrem Versprechen noch in letzter Stunde die Truppen auf das Land bringt, da es sonst unmöglich sei, die Deutschen an die Urnen zu schaffen. In der Nähe von Kattowitz wurde das Auto des Korrespondenten beschossen und mit Steinen bombardiert. Es ist dies bereits der zweite Fall. Abseits der Straße hörte man Schüsse fallen.

Verdächtige Mobilisierung.

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, wurde in Posen der Jahrgang 1901 zu einer 14tägigen Uebung einberufen.

Alarmgerüchte.

Nach einer Meldung aus Kattowitz war am Sonnabend Abend die Grenze an der Südecke im Kreise Pleß gänzlich durch italienische Truppen gesperrt, dagegen die östliche Grenze bei Beuthen und Kattowitz nach wie vor offen. In gefährdeten Ortschaften wurden auch bis dahin Truppen nicht gelegt.

Infolgedessen wirkt dort der polnische Terror in schärfster Form. Die Polen verbreiteten das Gerücht, der polnische Aufstand werde am Sonntag beginnen, möglicherweise, um die Deutschen abzuschrecken, aber man erwartete mit Sicherheit Zusammenstöße, wenn nicht die Besatzung in letzter Stunde die Deutschen schützt. Jenseits der Grenze sammelten sich schwerbewaffnete Banden. In den letzten beiden Tagen lagen über 40 Meldungen über Mordtaten, Mißhandlungen, Brandstiftungen usw. gegen Deutsche vor.

An diese deutschgesinnte Abstimmungsberechtigte wurden gedruckte Drohbriefe verschickt, die vor der Teilnahme an der Abstimmung warnen. Unterzeichnet sind diese Briefe mit: Untersuchungskommando, Volksgericht, Vollstreckungsausschuß.

Verdächtiges „Freudenfeuer".

Kattowitz, 19. März. Hier hört man von der 6 Kilometer entfernten Grenze ununterbrochen starke Detonationen; man hat den Eindruck von Artilleriefeuer. Nach Auskunft des französischen Kreiskontrolleurs und von polnischer Seite handle es sich um Freudenfeuer der Polen jenseits der Grenze, man erkennt jedoch deutlich Artillerieschüsse. Gerüchtweise verlautet, die Italiener stünden nahe der Grenze im bisher unentschiedenen Kampf mit polnischen Banden. Von hohen Gebäuden soll man das Mündungsfeuer der Geschütze erkennen. Eine Kontrolle der Nachrichten ist bis jetzt unmöglich.

Entdecktes polnisches Waffenlager.

Rosenberg, 21. März. In Groß-Borek wurde von den Engländern ein Waffenlager der Polen aufgefunden. Es wurden ein frisch geölter Maschinengewehr, 3000 Schuß Infanteriemunition und zwei Kisten mit Handgranaten gefunden.

Ein Ueberfall auf Anhalt.

In der bereits im August v. J. von den fanatischen Polen zur Hälfte eingeäscherten deutschen Gemeinde Anhalt drohten die Polen, auch den Rest des Ortes einzuäschern, falls die Bewohner zur Wahlurne schritten. Am Freitagabend wurde der Ort mit Handgranaten und Gewehrfeuer überfallen, in den Häusern Brände angelegt. Der Ort wurde von mehreren Seiten umzingelt. Der Kampf dauerte bis 10 Uhr abends. Am Sonnabend erfolgten neue Angriffe auf die eingeschüchterte Bevölkerung.

Der „versöhnende" Völkerbund.

Ablehnung unseres Protestes.

Da Cunha, der Vorsitzende des Völkerbundrates, erklärt, der Völkerbund als Kollektivorganismus habe keinerlei Recht sich mit den Zwangsmaßnahmen zu befassen, außer, wenn eines seiner Mitglieder dazu die Anregung gäbe. Er sei als ein Staatenverband in erster Linie ein Mittel für die verschiedenen Regierungen, gemeinsame Entscheidungen zu treffen.

Und dabei ist im Friedensvertrag vorgesehen, daß auch Nichtmitglieder des Völkerbundes dessen Entscheidung anrufen können!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210321-10/fragment/page=0001

Lord Cecil für neue Verhandlungen.

In einem von Lord Robert Cecil unterzeichneten Schriftstück des Exekutivkomitees des Völkerbundes, wird die Meinung vertreten, daß in dem deutschen Protest an den Völkerbund ein neuer Vorschlag zu Verhandlungen zu erörtern sei und daß die Alliierten diesen Anruf des Völkerbundes annehmen sollten, vorausgesetzt, daß sie damit einverstanden sind, die Frage der Wiedergutmachungssumme einem durch den Völkerbund aufgestellten Sondergerichtshof, dem Sachverständige als Beisitzer beigegeben werden, zu unterbreiten.

Frankreichs finanzielle Belastung.

302 Milliarden.

Die französische Finanzschuld betrug am 1. August 1914 27 Milliarden Frank, am 1. Dezember 1920 302 Milliarden, außerdem noch die Sachschäden. Von den Leistungen für Kriegsbeschädigte sind bis jetzt 35 Milliarden auf das Konto von Deutschland gezahlt worden. Man hofft eben, daß Deutschland alles zahlen wird, zahlt es nicht, so ist das französische Schulden-Problem unlösbar.

Laurent für deutsche Wiederaufbauarbeit.

Der Gewerkschaftssekretär Marcel Laurent erklärt, die gewerkschaftliche Untersuchungskommission habe an Ort und Stelle festgestellt, daß die Stimmung in den zerstörten Gebieten nicht gegen die deutsche Mitarbeit gerichtet sei. Die Arbeitslosen seien in den jetzigen Verfassung der Ruinen schlechter aufgehoben, als wenn sie wieder aufgebaut würden. Die deutsche Arbeit sowie die Lieferung von Materialien durch die Deutschen könne nicht schädlich sein, wenn ihre Verwendung organisiert werde. Das allein könne Frankreich Rettung bringen.

Auch Belgien erhebt die 50 Prozent.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß Theunis am Dienstag die Gesetzesvorlage über die 50prozentige Einfuhrabgabe in der Kammer einbringen werde, und daß die Vorlage noch vor Ostern von den beiden Kammern behandelt werden soll.

Keine Frist zur Prüfung der Schädenanmeldung.

Während einige Staaten sich bereit erklärten, in Sachverständigenbesprechungen zur Feststellung der Schädenanmeldung einzutreten, haben Frankreich und Belgien solche Verhandlungen verweigert. Es ist daher der deutschen Regierung unmöglich, die Anmeldungen in so kurzer Zeit zu prüfen und sie muß sich alle Rechte vorbehalten.

Bonar Laws Rücktrittsgründe.

In französischen politischen Kreisen begründet man den Rücktritt Bonar Laws damit, daß er Lloyd Georges Zustimmung zu der Haltung Frankreichs wegen der weiteren Besetzung deutschen Gebietes nicht gebilligt habe. Man hebt übrigens hervor, daß britische Truppen bei der Beziehung der neuen Vorposten keinen Anteil nahmen.

* * *

Französische Willkür im Rheinland.

Bahnhof Hamborn wieder geräumt.

Der Bahnhof Hamborn ist von den Franzosen wieder geräumt worden und nach einer Havasmeldung sind Oberhausen und Mülheim garnicht besetzt worden, sondern nur 2 Punkte und zwar der eine westlich von Speldorf auf der Straße nach Mülheim 2 Kilometer entfernt, der anderen südlich von Meiderich auf der Straße nach Oberhausen, um den Bahnhof von Oberhausen-West zu überwachen, der ziemlich weit von der Stadt entfernt liegt.

Diese gewundene Erklärung will nur die Tatsache verhüllen, daß die Franzosen wichtige Eisenbahnknotenpunkte in ihre Hand zu bekommen versuchen und über die in London beschlossene Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort noch hinausgehen. Sie halten sich also nicht einmal an ihre eigenen Beschlüsse, geschweige denn an den Versailler Vertrag.

Deutschland entschuldigt sich!

Nach Pariser Meldungen hat die deutsche Regierung der französischen Botschaft ihr Bedauern über die von Frankreich beanstandete Rede des Generals v. Seeckt zum Ausdruck gebracht.

Die Frankwährung im Saargebiet.

Nach einer Verordnung der Regierungskommission des Saargebiets sind vom 1. Mai 1921 ab sämtliche Einnahmen, gleichviel welcher Art, der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung in Frank zu erheben, ferner das Personal dieser Verwaltungszweige in Frank zu besolden bezw. zu entlöhnen.

* * *

Wieder eine Enttäuschung!

Harding und die Staatskommission für Auswärtige Angelegenheiten sind darin übereingekommen, den Vertrag von Versailles neuerdings dem Konarsh vorzulegen, nur ohne die auf die Schaffung des Völkerbundes bezugnehmenden Paragraphen. Dieses würde bedeuten, daß die Vereinigten Staaten alle Bedingungen in bezug auf die Wiedergutmachung, die Entschädigung, die Grenzfestsetzung, Deutschlands Mandate über die Kolonien usw. anerkennen und nur wegen einer neuen Völkervereinigung Verhandlungen anknüpfen würden.

Bündnis zwischen Frankreich u. Amerika?

Die Reise Vivianis nach Amerika hat zweifellos nicht nur den Zweck, um dem Präsidenten Harding die Glückwünsche der französischen Regierung zu überbringen, sondern man vermutet, daß er ein Defensivbündnis zwischen Frankreich und Amerika vorschlagen wird, als Gegengewicht gegen das englisch-russische Handelsabkommen.

* * *

Spannung zwischen Amerika und Japan wegen der Kabel.

Die amerikanische Flottenbewegung nach dem stillen Ozean wird in Verbindung mit der Kabelfrage gebracht und erregt daher in der Oeffentlichkeit und besonders in den japanischen Regierungskreisen großes Aufsehen. Nachdem an Japan kürzlich eine Note von den Vereinigten Staaten gerichtet worden war, worin u. a. mitgeteilt wurde, daß die Vereinigten Staaten erwarten, daß die Kabelangelegenheit bis zum 1. April ihre Erledigung gefunden habe, empfindet man die Flottenbewegung als einen unfreundlichen Akt und einige Regierungsblätter meinen, daß über kurz oder lang die Waffen entscheiden müßten. Zu Amerika erwartet man, daß Japan sich beugen muß und den Streit mit den Kabeln auf der Insel Yap jedenfalls einem Schiedsgericht übertragen lassen muß. Ob die japanische Regierung sich dazu bereit erklären wird, ist sehr fraglich, denn ein Rückzug würde als Schwäche der Regierung gedeutet werden und den Rücktritt des japanischen Kabinetts zur Folge haben. Den Besuch des japanischen Kronprinzen in England wird Japan zweifellos dazu benutzen, um andere Bedingungen in den japanisch-englischen Vertrag hineinzubringen und England zu Verpflichtungen heranzuziehen, die der Vertrag bisher nicht enthielt. Eine Uebereinkunft Englands mit Japan dürfte leichter zu erreichen sein als mit Amerika, da zwischen England und Amerika unzählige Zwiste bestehen, während England und Japan keine Streitigkeiten bestehen, die nicht gelöst werden könnten.

Kronstadt wehrt sich noch.

Kronstadt befindet sich zwar vollkommen in den Händen der Bolschewisten, doch haben sich Matrosen noch in einigen Festungswerken festgesetzt, die bisher alle Angriffe der roten Truppen abgewiesen haben. Die roten Truppen mußten mit Maschinengewehrfeuer zum Sturm vorwärts getrieben werden.

In Helsingfors sind bisher 12 000 Flüchtlinge eingetroffen, die sich in einem elenden Zustand befinden.

Die Aufstandsbewegung in der Ukraine.

Die aufständischen ukrainischen Bauern haben 17 Brücken in der Umgegend von Kiew gesprengt. Eine Bande mit schwarzen Masken ermordete in dem Arsenal mehr als 80 rote Soldaten.

Eine russische Aufklärungsabordnung für Deutschland.

Laut „Times" traf in Riga eine Matrosenabordnung aus Kronstadt ein, die die Arbeiter in Deutschland, Frankreich und England über die Zustände in Rußland aufklären und moralische Unterstützung gegen die Kommunisten erlangen will.

Georgien im Bunde mit den Bolschewisten.

Die Regierung von Georgien hat das Abkommen mit den Türken gekündigt und Unterhandlungen mit den Bolschewisten angeknüpft, da sie lieber die Roten in Batum sähe als die Türken. Die Bevölkerung beschuldigt die Regierung, sich von persönlichen Zielen leiten zu lassen. Es sind daher Unruhen zu befürchten. Die Türken erklären, sie würden auf jeden Fall in Batum bleiben, und schicken Verstärkungen dorthin. Unter den Mohammedanern herrscht lebhafte Erregung gegen die Bolschewisten.

Heftige Kämpfe in Irland.

In der Nacht zum Freitag fanden in Belfast heftige Kämpfe statt. Zwei Geschäftshäuser wurden in Asche gelegt. Am Sonnabend kam es nochmals zu Zusammenstößen zwischen Menge und Polizei. Banzerautos wurden nach den besonders bedrohten Punkten der Stadt entsandt.

Politische Rundschau

Die Ueberorganisation der wirtschaftlichen Verbände.

In der „Kölnischen Zeitung" veröffentlicht Dr. L. H. Schmidts einen Aufsatz, dessen Tendenz aus der Ueberschrift hervorgeht: „Die Ueberorganisation der wirtschaftlichen Verbände und ihre Bürokratie." Zum Schluß heißt es da: „Die forcierte soziale Gesetzgebung muß einmal in ein ruhigeres Fahrwasser einlenken; die einmaligen Besitzsteuern sind fällig; die Vermögens- und Einkommensteuern werden bekannter; die Teuerung, die Geldentwertung findet einen festen Niederschlag und bekommt Maßstab; Ruhe kehrt ein. Im eBzirkswirtschaftsrat entstehen verfassungsgemäße, paritätische Kammern zur Aussprache zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Die Beitragsfreudigkeit läßt nach. Dann wird auch die vorhandene bedenkliche Verbandsüberorganisation und ihre Bürokratie verschwinden."

Sinken der englischen Lebenshaltung.

Die Lebenshaltung in England, die im Vergleich zum Jahre 1914 im November 1920 174 Prozent betrug, ist am 1. Februar 1921 auf 150 Prozent und am 1. März auf 141 Prozent gefallen.

Bruch des amerikanischen Arbeiterbundes mit dem internationalen Gewerkschaftsbund.

Laut „Chicago Trib." seien die Beziehungen zwischen dem internationalen Bund der Gewerkschaften und dem amerikanischen Arbeiterbund abgebrochen worden. Samuel Gompers beschuldigt diese Organisation, Anstrengungen zum Sturze der amerikanischen Regierung zu machen. Gompers verurteilte ebenfalls die Manöver der Internationale auf Einstellung der Herstellung von Kriegsmaterial, die zu dem einzigen Zwecke hinzielten, die Bolschewisten zu unterstützen.

Aus Stadt und Umgebung

Frühlingsanfang.

* Heute, am 21. März, morgens 5 Uhr, tritt die Sonne in das Sternbild des Widders, und Tag und Nacht sind einander gleich. Damit nimmt kalendermäßig der Winter von uns seinen Abschied, doch Frühlingswetter haben wir seit langem. Von Herolden des Frühlings, den Singvögeln und Blumen sind schon einige erschienen, die Knospen der Bäume sind zum Springen geschwellt und im prächtigen Grün prangen die Wintersaaten. Möchten wir auch in diesem Jahre wie im Vorjahre von den sonst nie ausbleibenden Kälterückfällen der Frühlingsmonate verschont bleiben, damit wir wirklich ernte Ostern feiern können und keine der Hoffnungen des Landmannes und Gärtners zerstört wird; denn wir haben es jetzt nach den mageren Kriegsjahren doppelt nötig, daß sich die geleerten Vorratskammern wieder füllen und die Preise für alles Eßbare sich in absteigender Linie bewegen.

Zur Wahl des Landeshauptmanns.

* Um den Posten des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen soll sich, wie verlautet, auch der mehrheitssozialistische preußische Minister des Innern Severing ernsthaft bewerben. Als bürgerliche Kandidaten werden u. a. Oberbürgermeister Dr. Rive-Halle (Deutschnational) und Landrat Zimmermann-Weißenfels (Dem.) genannt. Bekanntlich stehen im Landtag 56 bürgerliche gegen 54 sozialistische Stimmen.

Ein neuer Angestelltentarif verbindlich erklärt.

* Der zwischen der Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber Merseburgs (FF).de m Gewerkschaftsbund der Angestellten, Geschäftsstelle Halle a. S., der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände am 25. Juni 1920 abgeschlossene Tarifvertrag wird zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen und technischen Angestellten einschließlich der Meister im Einzelhandel, Großhandel, in der Industrie, im Verkehrs- und im Zeitungsgewerbe für das Gebiet der Stadt Merseburg gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. September 1920.

Sie erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge, für die besondere Fachtarifverträge in Geltung sind. Falls künftig für einen Handels-, Industrie- oder Betriebszweig ein besonderer Fachtarifvertrag für allgemein verbindlich erklärt wird, scheidet er mit dem Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit aus dem Geltungsbereich des allgemeinen Tarifvertrages aus.

Die genannte „Tarifvereinigung der Arbeitgeber Merseburgs" war uns bisher völlig unbekannt!

Abschluß eines Tarifvertrages für die Landwirtschaft.

* Am Freitag und Sonnabend fanden in Halle Verhandlungen zwischen Vertretern der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Reg.-Bez. Merseburg zwecks Abschlusses eines neuen Tarifvertrages statt. Für die Bezirke Saalkreis einschließlich Stadtkreis Halle, Mansfelder Seekreis einschließlich Stadtkreis Eisleben, Mansfelder Gebirgskreis, Merseburg einschließlich Stadtkreis, Querfurt, Delitzsch und Bitterfeld wurde ein neuer Tarif aufgestellt und angenommen. Danach wird das Kohlengeld von 400 M auf 810 M jährlich erhöht. Die sonstigen Deputate an Getreide, Kartoffeln usw. bleiben im allgemeinen wie bisher bestehen, nur wird ihre geldliche Verwertung nach den zeweilig festgesetzten Preisen erfolgen. So wird der Morgen Kartoffelacker mit 400 M, der Zentner Getreide mit 63 M berechnet. Der Tagelohn für vollwertige männliche Arbeitskräfte mit eigenem Haushalt wird von 2 M auf 2.10 M erhöht. Denselben Tagelohn erhält envollwertige männliche Arbeitskräfte ohne eigenen Haushalt. Sie bekommen außerdem einen halben Morgen Kartoffelland sowie 6 Zentner Getreide, während für sie alle übrigen Deputatanfsprüche durch eine einmalige Zahlung von 1225 M pro Jahr abgelöst werden. Für die weiblichen Arbeitskräfte ist der Tagelohn von 1.10 M auf 1.25 M erhöht worden. Für die Burschen und das Gesinde ist gleichfalls eine Lohnerhöhung eingetreten. Die Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters betrug im vergangenen Jahre 2650 Stunden ausschließlich 150 Pflichtüberstunden. Der neue Tarif sieht eine jährliche Arbeitszeit von 2700 Stunden vor. Ferner wird den Landarbeitern je nach ihrem Alter ein Urlaub von 2 bis 6 Tagen im Jahre gewährt werden; der Urlaub wird selbstverständlich in der arbeitsstillen Zeit erteilt.

Eine Besprechung über die Lage im Industriegebiet.

* Am Freitag fand in Merseburg unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten eine Besprechung über die Lage im mitteldeutschen Industriegebiet und über die getroffenen Maßnahmen zur Behebung der zu Tage getretenen Mißstände statt. An dieser Besprechung nahmen auch der Minister des Innern und der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teil. Es bestand allgemeine Uebereinstimmung, daß der Terror der radikalen in- und ausländischen Elemente, unter dem die Arbeiterschaft moralisch und materiell schwer leidet, im Interesse des Schutzes der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheit und zur Behütung der Lahmlegung unserer mitteldeutschen Industrie dauernd und zielbewußt gebrochen werden müsse.

Ueber die Laufbahn des Stadtrats Bessert

erfahren wir noch folgendes: In Brombera erfolgte im Juli 1919 seine Wahl zum Magistratsrat unter Zuteilung des Armen- und Wohlfahrtsamtes, des Jugendamtes und der Ortskohlenstelle, im Oktober 1919 zum Stadtrat und im Februar 1920 zum Stadtrat und Stadtkämmerer. In dieser letzteren Stellung wurde ihm das gesamte Finanz-, Steuer- und Kohlen- sowie Sparkassenwesen der Stadt Bromberg übertragen, die durch Eingemeindung von Vororten im April auf über 100 000 Einwohner stieg. Da die Verhältnisse der inzwischen polnisch gewordenen Stadt immer unerquicklichere wurden, so folgte er am 1. Dezember 1920 einer Berufung des preußischen Ministeriums als Kommunaldezernent an die Regierung in Schneidemühl. Er entschloß sich jedoch, wieder zu der ihm lieb gewordenen kommunalen Tätigkeit zurückzukehren und die hiesige Stadtratsstelle anzunehmen.

Das Wetter der Woche.

* Die bereits während der Vorwoche eingetretene frühlingshafte Erwärmung hat im Laufe der letzten acht Tage weitere Fortschritte gemacht und bei ununterbrochen heiterem und trockenem Wetter allmählich zu Temperaturen geführt die für die Jahreszeit ungemein hoch sind.

Tivoli-Theater.

* Vor leider nur mäßig besetztem Hause erlebte Freitag abend die Operettennovität „Die närrische Liebe" ihre Erstaufführung. Leon Jessel, ein uns vom Schwarzwaldmädel her wohlbekannter und beliebter Komponist ist der Schöpfer euch dieses Werkes, das leider wenig Bemerkenswertes bietet. Man konnte von einem Mann wie Jessel wohl etwas anderes erwarten. Die Musik ist in ihren Hauptschlagern oft reizvoll, doch ist sie im Großen und Ganzen im trivialen Rahmen gehalten. Jean Kren, der Verfasser des Textbuches, weiß durch freilich nicht immer frisch bezaubernden Humor die sonst ziemlich eintönige Handlung, die jeden tieferen Grundgedanken vermissen läßt, zu beleben. Ihr Gang ist etwa folgender:

Ein von seiner Frau getrennt lebender berühmter Komponist, Vater einer Tochter im heiratsfähigen Alter, liebt eine Opernsängerin, die er zu seiner Frau machen will. Seine Tochter, die Angebetete eines Cellisten, ist jedoch bemüht, ihn mit seiner Frau wieder zu versöhnen und bringt es fertig, daß beide bei ihrer Verlobung zusammentreffen. Allmählich flackert die Liebe des Komponisten zu seiner Frau wieder auf und der letzte Akt sieht beide versöhnt und daneben ein glückliches Brautpaar. „Die närrische Liebe" hatte es zustande gebracht.

Das Orchester, unter Leitung des bewährten K[illegible]ters Butler, paßte sich dem Spiel geschickt a[illegible] mühmungen der Darsteller verdienen vollste Ane[illegible]

Kurt Killinger charakterisierte den Komp[illegible]ter Marie Latour vortrefflich und verstand es durch [illegible]gewandtes und sicheres Auftreten den Gesamteindruck des Spieles wirkungsvoll zu gestalten. Emmy Kalob war ihm als Christine, seine Frau, eine ebenbürtige Partnerin. Vor allem durch ihre glänzende Mimik gewann sie die Zuhörer. Artur Dechant als Wendelin Blümchen brachte durch seine sprühenden Witze und fröhlichen Humor „Leben in die Bude" und fand verdienten Beifall. Eva Henkel-Dechant als Eva Maria, Tochter des Komponisten, keck und fesch in ihrem Auftreten, war für die Rolle des Backfischchens wie geschaffen. Käte Glaß war eine gewandte Darstellerin der Linda Samara, der Opernsängerin, und erfreute besonders durch ihre gutgeschulte, klare Sopranstimme und ihr anmutiges Spiel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210321-10/fragment/page=0002

Hans Anders war in der Rolle des Kurt von Hollbach noch immer ungelenk und spielte ohne innere Teilnahme.

Die Landwirtschaftskammerwahlen

fanden gestern statt. Es waren im Kreise Merseburg zwei Wahlvorschläge vorhanden: Wahlvorschlag Niele (Kreislandbund) vereinigte im Stadtkreis Merseburg 17, Wahlvorschlag Zorn (Deutscher Bauernbund) 6 Stimmen auf sich. Auch im Landkreise Merseburg war die Wahlbeteiligung außerordentlich mäßig. Da bisher nur einige Teilresultate vorliegen, werden wir das Gesamtergebnis in der morgigen Nummer mitteilen.

Mädchen-Mittelschule.

* Nach erfolgter Entlassung aus der Mittelschule wurde nachstehenden Schülerinnen das Reifezeugnis zuerkannt: Ruth Banling, Margarete Bennemann, Marianne Erfurth, Berta Felgenträger, Charlotte Große, Hildegard Harkenthal, Anneliese Malpricht, Charlotte Ofte, Margarete Sander, Helene Schulz, Johanna Schwarze, Charlotte Walter, Charlotte Weigel, Marianne Wolf.

Auf dem Rulandsplatz

haben, wie alljährlich am Palmsonntag und Ostern, so auch dieses Jahr wieder viele Buden- und Karussellbesitzer ihre Zelte aufgeschlagen. Gestern herrschte dort ein frohes und munteres Treiben. Vorwiegend die Jugend war es, die in Scharen zum Rummelplatz hinauspilgerte, um sich dort zu vergnügen.

Ein Kind von einem bissigen Hunde arg zugerichtet.

* Im benachbarten Meuschau wurde am vergangenen Sonnabendnachmittag gegen 5 Uhr das 3jährige Söhnchen des Beamten Kipfel von einem bissigen Hunde arg zugerichtet. Das Kind spielte im Garten des Hauseigentümers und war dem an der Kette liegenden Hunde zu nahe gekommen. Der Hund erfaßte das Kind und biß es ins Gesicht und einen Arm. Die hinzueilende Mutter rettete ihr Kind vor weiteren Zerfleischungen: doch waren die Verletzungen derart, daß der sogleich herbeigeholte Arzt die sofortige Ueberführung in das Merseburger Krankenhaus anordnete.

Lichtbilderabend in der Altenburger Kirche.

* Recht stimmungsvoll wurde die Altenburger Gemeinde am gestrigen Sonntag in die Karwoche eingeführt. In der Kirche fand ein Lichtbilderabend statt, bei welchem die großen Meister der Malerei und Bildhauerkunst das Wort hatten. Wir sahen auf Bildern Dürers, wie Jesus das Abendmahl feiert und in Gethsemane leidet, sahen Rembrandts ergreifendes „Ecce homo" und Grünewalds erschütternde Kreuztragung und Kreuzigung. Ebenso eindringlich redeten die Bildwerke des alten Naumburger Künstlers Mittelschullehrer Thielsen verstand es, in packender Weise auf den religiösen und künstlerischen Gehalt der Bilder aufmerksam zu machen. Auch eine reiche Anzahl von musikalischen Darbietungen fehlte nicht. Wir hörten zwei Stücke für Geigen und Orgel: ein „Stabert mater" von Pergolese und „Christe, du Lamm Gottes" von Bach, ferner Chorgesänge, Duett und Sologesang. Damen und Herren hatten sich gern in den Dienst der schönen Sache gestellt. Es ist wohl anzunehmen, daß der Lichtbilderabend bei den zahlreichen Besuchern einen tiefen Eindruck hinterlassen hat.

Angebliche Polenverhaftungen in Ammendorf.

* In der Stadt sind Gerüchte im Umlauf, nach denen in Ammendorf zwei Polen als Täter des in der vergangenen Woche erfolgten schweren Eisenbahnunglückes festgenommen sein sollen. An zuständiger Stelle in Ammendorf, bei der wir Erkundigungen eingezogen, ist von einer Festnahme 2er Polen nichts bekannt. Es ist lediglich festgestellt worden, daß die an der Unfallstelle vorgefundenen Werkzeuge aus der Bahnmeisterei Schlettau herrühren.

*
* *

Aus der Stadtverwaltung

Folgender Magistratsbeschluß liegt noch der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vor:

Bewilligung von 5000 M für die Anstellung eines Hauselternpaares im Andreasheim.

Für die Anstellung eines Hauselternpaares im Andreasheim soll ein Betrag von 5000 M bewilligt werden, der in den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921-22 einzustellen ist.

Begründung: Auf den einstimmigen Vorschlag der zuständigen Deputation hat der Magistrat sich dahin schlüssig gemacht, die Aufsichts- und Wirtschaftsführung im Andreasheim vom 1. April d. J. ab an Stelle einer Schwester, die der Stadt seither vom Elisabeth-Diakonissen- und Krankenhaus in Berlin zur Verfügung gestellt wurde, einem Hauselternpaar zu übertragen, da es aus verschiedenen Gründen, insbesondere mit Rücksicht auf die Bearbeitung des großen Gartens des Andreasheims wünschenswert erscheint, daß neben einer weiblichen, eine männliche Hilfe im Andreasheim vorhanden ist.

Durch die Ausführung dieses Beschlusses erhöhen sich die persönlichen Kosten von 2000 M, die an das Elisabeth-Diakonissen- und Krankenhaus in Berlin für die Ueberlassung einer Schwester zu zahlen wären, auf rund 5000 M.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Zur Gründung einer höheren Schule im oberen Geiseltal.

** Mücheln, 20. März. Am Freitag, den 18. d. M., fand eine zweite Versammlung zwecks Gründung einer höheren Schule statt, an der auf Einladung die Vertreter der Stadt Mücheln, verschiedener Gemeinden und Gutsbezirke, der Grubenwerke und der Zuckerfabrik-Stöbnitz teilnahmen. Herr Rektor Meitz eröffnete die Versammlung und erstattete kurzen Bericht über die vorige Versammlung, in welcher die Notwendigkeit einer höheren Schule für die hiesige Gegend allgemein anerkannt sei. Das Hauptziel dieser Versammlung sei, die Finanzierung der geplanten Schule sicherzustellen. Herr Studienassessor Wolffram sprach dann über den wahrscheinlichen Etat und gab die nötigen Erläuterungen zu den Einnahmen und Ausgaben, die sich aus einmaligen Aufwendungen und laufenden Unterhaltungskosten zusammensetzten. Daran schloß sich eine Debatte, über den Etat, an der sich die verschiedenen Vertreter beteiligten. Besonders Herr Bürgermeister Heine betonte noch einmal die Notwendigkeit der Schule und stellte als Hauptfrage, welche die Versammlung zu lösen habe, die Frage hin: Sind die Gemeinden eine geldliche Unterstützung ab, größtenteils konnten tieren? Für die Stadt Mücheln erklärte er die grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung der Schule. Die Herren Vertreter der einzelnen Gemeinden lehnten zum Teil infolge der finanziellen Notlage und des geringen Interesses der Gemeinden ine geldliche Unterstützung ab, größtenteils konten sie keine bestimmten Erklärungen abgeben, da sie infolge der Kürze der Zeit die Angelegenheit noch nicht in den Gemeindevertretungen beraten hätten. Herr Assessor Wolffram klärte die Gründe für die große Beschleunigung der Angelegenheit auf, welche in den letzten Regierungsverordnungen liegen, daß fast keine Klassenteilungen und Hilfslehrerstellen mehr genehmigt werden sollen. Die Herren Direktoren und Vertreter sämtlicher Grubenwerke, sowie der Herr Zuckerfabrikdirektor Dr. Rieber und der Herr Vertreter des Herrn Dr. v. Helldorf-St. Ulrich erklärten sich grundsätzlich bereit, sowohl zu den einmaligen Ausgaben wie zu den laufenden Unterhaltungskosten der neuen Schule beizusteuern. Auf Grund dieses Ergebnisses wurde eine engere Arbeitsgemeinschaft gebildet aus den Körperschaften, die sich durch bindende Zusagen grundsätzlich bereit erklärt hatten, die Schule zu finanzieren. Daraufhin schloß Herr Rektor Meitz die Versammlung mit der Hoffnung und der Mahnung, daß sich auch die Gemeinden an dem gemeinnützigen Werk beteiligen möchten. Im Anschluß daran trat sofort der engere Arbeitsausschuß in die Beratung über die Finanzierung der Schule, besonders über die Hauptpunkte: Schulgebäude und Etat ein. Die Errichtung der höheren Schule scheint nach den bisherigen Ergebnissen sichergestellt zu sein.

Letzte Depeschen

Die Abstimmung in Oberschlesien

713700 deutsche gegen 460700 polnische Stimmen!

Oppeln, 21. März. Nach den um 7 Uhr morgens vorliegenden Meldungen sind in Oberschlesien insgesamt 713 700 deutsche und 460700 polnische Stimmen abgegeben worden. Das bedeutet eine deutsche Mehrheit von 61 Prozent. Einige noch ausstehende Ergebnisse können an diesem für Deutschland günstigem Gesamtergebnis nichts mehr ändern.

Zusammenstellung der vorläufigen Einzelergebnisse.

Berlin, 21. März. Eine unter Vorbehalt wiedergegebene Zusammenstellung des vorläufigen Gesamtergebnisses der Volksabstimmung in Oberschlesien ergibt folgendes Bild: Rosenberg (Stadt und Land) deutsche 24 000, polnisch 11 000, Kreuzburg 43 000 deutsch, 2 300 polnisch, Lublinitz 15 000 deutsch, 13 800 polnisch, Tarnowitz, 17 600 deutsch, 27 000 polnisch, Groß-Strehlitz, 22 500 deutsch, 22 900 polnisch, Oberglogau 32 700 deutsch, 4 500 polnisch, Cosel 36 300 deutsch, 11 700 polnisch, Gleiwitz Stadt und Land 58 000 deutsch, 32 000 polnisch, Leobschütz 65 000 deutsch, 300 polnisch, Ratibor Stadt und Land 48 700 deutsch, 20 700 polnisch, Kattowitz, Stadt und Land 76 400 deutsch, 69 800 polnisch, Königshütte 31 800 deutsch, 10 800 polnisch, Beuthen 73 900 deutsch, 73 500 polnisch, Hindenburg 45 200 deutsch, 43 000 polnisch, Oppeln Stadt und Land 81 000 deutsch, 26 000 polnisch. Die Gesamtergebnisse aus den Kreisen Pleß und Rybnik liegen noch nicht vor.

Schlechte Aussichten in den Kreisen Pleß und Rybnik.

Kattowitz, 21. März. (Eig. Drahtber.) Die Landresultate sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben; für Deutschland günstige Kreise stehen jedoch noch aus. Für das Verbleiben der Kreise Pleß und Rybnik bei Deutschland bestehen nur mäßige Aussichten. Interessant ist das Ergebnis in dem bisher als polnische Hochburg bekannten Hohenlohehütte, wo bis gestern Nachmittag 635 deutsche gegen 291 polnische Stimmen abgegeben wurden.

Passive Resistenz in Leuna.

Streikdrohung. — Entwaffnung der Sipo und Bewaffnung der Arbeiter gefordert.

Leunawerke, 21. März. (Eig. Drahtber.) Heute vormittag 10 Uhr fand im Ammoniakwerk eine von 12 000 Arbeitern besuchte Versammlung statt, in der der Betriebsrat abgesetzt und ein Aktionsausschuß von 11 Mann eingesetzt wurde. Die Versammlung beschloß, vorläufig passive Resistenz zu üben und stellte folgende vier Punkte auf:

1. **Zurückziehung sämtlicher bewaffneten Polizei- und sonstigen Organisationen aus Mitteldeutschland.**
2. **Entwaffnung derselben.**
3. **Bewaffnung der Arbeiter.**
4. **Falls Sipo in die Betriebe einrückt, tritt Arbeitsruhe ein.**

Es wurde ferner geäußert, Sabotage sollte von den Arbeitern nicht getrieben werden, um das „Erbe", daß sie anzutreten gedächten, nicht zu zerstören.

Auf den Gruben des Geiseltales herrscht, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, noch vollkommene Ruhe. Es heißt, daß die dortigen Arbeiter ihre Stellungnahme von derjenigen der Arbeiter des Ammoniakwerkes abhängig machen.

Generalstreik im Mansfelder Bezirk.

Halle, 21. März. Auf den bekannten Aufruf des Oberpräsidenten Hörsing und das Einrücken der Sicherheitspolizei haben die Mansfelder Arbeiter mit einem Ultimatum geantwortet, in dem sie die Zurückziehung der Polizei forderten. Nach Ablauf des Ultimatums, auf das seitens der Regierung keine Antwort einging, ist bereits auf mehreren Schächten der Streik ausgebrochen, der sich schnell ausdehnt. Die Streikleitung, die V. K. P. D. und das Gewerkschaftskartell, erlassen einen Aufruf, in dem sie die ganze Arbeiterschaft zum Generalstreikt aufrufen und diesen als den Anfang der weißen Kampagne bezeichnet.

Hierzu berichtet noch das „Eislebener Tageblatt": Am Sonnabend waren hier 3 Hundertschaften der Schutzpolizei eingetroffen. Trotzdem die Maßnahme von der Regierung bereits vor einigen Tagen angekündigt war, haben die Führer der kommunistischen Bewegung die Mansfelder Arbeiterschaft erneut zum Generalstreik aufgerufen. Infolgedessen waren zur heutigen Frühschicht die Belegschaften nur teilweise angefahren. Auf den Schächten Herrmann, Dittrich und Wolf ruht der Betrieb. Verschiedene andere Werke arbeiten nur teilweise, während der Türken-, der Paul-, der Vitzthum- und der Hohenthal-Schacht voll eingefahrene Belegschaft melden und auch die Hettstedter Werke sowie Wanzleben voll arbeiten.

Kronstadt endgültig in den Händen der roten Truppen.

Riga, 21. März. Dem Fall Kronstadts erfolgten neue Kämpfe, bei denen es den Aufständischen gelang, sich zeitweilig der Festung wieder zu bemächtigen. Es muß zu überaus heftigen Kämpfen gekommen sein, denn im Laufe des vorgestrigen Tages hörte das Geschütz- und Gewehrfeuer nicht auf. Einer späteren Meldung zufolge haben die Sowjettruppen sich nun endgültig in Kronstadt festgesetzt.

Vertrag zwischen Rußland und Angora.

Riga, 21. März. Am 16. März wurde in Moskau zwischen Sowjetrußland und der Angora-Regierung ein Vertrag unterzeichnet, laut dem Batum bei Georgien verbleibt, Rußland Konstantinopel als die Hauptstadt der Türkei für ewige Zeiten anerkennt und Rußland der freie Verkehr durch die Meerengen gestattet wird. Dieser Vertrag schließt die Kette der russischen Friedensschlüsse mit dem Orient.

Aus Provinz und Reich

Kleine Tagesnachrichten.

Die von der Kriminalpolizei in Bitterfeld in der Platindiebstahlssache nach auswärts aufgenommenen Ermittelungen hatten den Erfolg, daß Werte von zirka 100 000 M festgestellt und die Täter in Haft genommen werden konnten. — Der neue Kreistag in Eisleben lehnte in seiner ersten Sitzung, im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen, die Anstellung der Beamten auf Lebenszeit ab: desgleichen wurde eine Gehaltsregelung der Kreisbeamten mit 15 Stimmen der Kommunisten abgelehnt. — In der Nacht zum Freitag fuhr auf Bahnhof Dybernfurth b. Breslau infolge Ueberfahrens des Einfahrtssignals der Güterzug Nr. 32 409 dem ausfahrenden Zuge 7057 in die Flanke. Der Zugführer Herrmann wurde getötet. Sieben Wagen wurden zertrümmert. Beide Geleise sind gesperrt und der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. — Ein entsetzliches Brandunglück, das zwei Menschenleben forderte, ereignete sich in der Nacht zum Freitag in Hennersdorf (Schlesien). Dort brannte ein strohgedecktes Wohnhaus, in dem der 71 Jahre alte Landarbeiter Renger mit seiner 69 Jahre alten Ehefrau wohnte, nieder. Das Ehepaar kam in den Flammen um. — In Leipzig wurde eine mit zahlreichem Handwerkszeug und Pistolen versehene jugendliche Diebesbande festgenommen, die wohl seit einem Jahre an die 50 Einbrüche ausgeführt hat. Verbrecherische Neigungen, Besuch von Kinos, Lesen von Schundromanen usw. hatten die leichtsinnigen Burschen im Alter von 16—20 Jahren auf diese abschüssige Bahn gebracht. — In verschiedenen Thüringer Städten sind am Freitag die Brauereiarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Die Ausständischen wollen dadurch eine Abänderung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses erzwingen.

*

Ein Millionen-Postraub in Berlin.

† **Berlin, 21. März.** In der Nacht zum Sonntag drangen sieben bewaffnete und maskierte Räuber in das Postamt 54 in der Lothringer Straße ein, überfielen dort zwei Beamte, die den Nachtdienst versahen und raubten aus einem verschlossenen Raume, den sie erbrachen, zwei Geldkisten und vier Geldsäcke mit zusammen über 1 300 000 M. Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung des geraubten Geldes hat die Oberpostdirektion eine Belohnung von 20 000 M ausgesetzt.

Der Kommunist Vater aus der Haft entlassen.

† **Magdeburg, 18. März.** Der Kommunistenführer Albert Vater, während der Revolutionstage Polizeipräsident von Magdeburg, der wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, Bildung bewaffneter Haufen betr., verhaftet worden war, ist aus der Haft entlassen worden. Der Strafprozeß gegen ihn und seine Mitangeschuldigten findet demnächst in Stendal statt.

Volkswirtschaft — Handel — Verkehr

Wollauktion in Halle.

h Die Wollauktion des Wollverwertungsverbandes in Halle im Freitag und Sonnabend stand im Zeichen der Lustlosigkeit, da die Käufer aus den östlichen Provinzen fast vollständig fehlten. Die Preisgestaltung zeigte wiederum eine fallende Tendenz. Schon bei der Auktion im Januar war ein Preisrückgang von 50 Prozent zu verzeichnen. Von den zum Verkauf gestellten 10 000 Zentnern wurden annähernd 8000 Zentner verkauft. Es wurden volle Preise erzielt. Gute A Vollschuber 70—75 ohne Waschbesen, 900 bis 1200 M im Schweiß: A/B Vollschuber 60 ohne Waschbesen, 800—1100 M im Schweiß; B Vollschuber 55—60 ohne Waschbesen, 800—900 M im Schweiß: C Vollschuber 40—45 ohne Waschbesen, 700—900 M im Schweiß: D Vollschuber 35 bis 40 ohne Waschbesen, 555—700 M, im Schweiß: A Halbschuber 55, 700—900 M im Schweiß; A/B Halbschuber 50, 700—850 M im Schweiß; B Halbschuber 40—45, 650 M im Schweiß.

Von den Viehmärkten.

Berlin, 19. März. Der Auftrieb zum heutigen Markt betrug 673 Bullen, 370 Ochsen, 954 Kühe, 2046 Kälber, 4506 Schafe, 5361 Schweine und 257 dänische Rinder. Infolge des guten Auftriebes verlief der Handel, außer bei Kälbern, durchweg langsam, bei weiter weichenden Preisen. Es notierten für 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 450—825 M, Bullen 575—800 M, Kühe 350—825 M, Kälber 500—1100 M, Schafe 350—775 M, Schweine 1025—1200 M, Sauen 1050 bis 1100 M.

Der Wert der Mark im Auslande:

Für 100 Mark wurden gezahlt:

in	Ende der vorigen Woche	Ende dieser Woche	Vor dem Kriege	
New-York	1,58	1,59	23,80	Dollar
London	8,16	8,16	97,90	Schilling
Paris	22,37	22,87	125,40	Frank
Rom	43,40	39,70	123,45	Lira
Amsterdam	4,65	4,65	59,20	Gulden
Wien	1170,00	1113,00	117,80	Kronen
Prag	120,75	121,25	117,80	Kronen
Zürich	9,40	9,20	125,40	Frank
Stockholm	7,20	7,10	88,80	Kronen
Kopenhagen	9,50	9,40	88,80	Kronen

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und Prov. Teil: Hanns Lotz. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Baltz. Druck- und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt G. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210321-10/fragment/page=0003

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren Entschlafenen, sagen wir allen, welche uns während ihrer Krankheit so hilfreich zur Seite gestanden haben und für die innige Teilnahme in diesen schweren Tagen sowie für die überaus zahlreichen Kranzspenden auf diesem Wege

herzlichen Dank.

Besonders herzlichen Dank Herrn Pastor Voigt für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe sowie Herrn Lehrer Wittich und der lieben Schuljugend für den Trauergesang.

Geusa u. Ammendorf, den 21. März 1921.

Der trauernde Gatte

Karl Ratzsch u. Kinder.

Kirchliche Nachrichten

Dom. Getauft: Gerda, T. d. Arbeiters Häusel. — Getraut: Der Fleischer Otto Borghardt m. Frau Erna geb. Knoche; der Drechslermeister Adolf Hammer m. Frau Helene geb. Zichlegner; der Inspektor Willi Riedel mit Fr. Gertrud geb. Lippold.

Stadt. Getauft: Heinz, Sohn des Drehers Große; Max, ein unehel. Sohn. — Getraut: Der Maschinenschlosser P. Drese m. Fr. E. M. geb. Reiter. — Beerdigt: Der Sohn des Maurers Treudler; die Ehefr. d. Prokuristen Patowsky; die Ehefr. des Maurers Regel; die Jungfrau Frieda Bäßig; die Ehefr. des Tischlermeisters Borsdorff.

Altenburg. Getauft: Hanns, S. d. Provinzial-Verwaltungsrats Bachsmuth; Heinz unehel. Sohn. — Getraut: Der Studien-Assessor Kurt Kampraath m. Frau Anna-Liese geb. Curtze. — Beerdigt: Die Tochter des Oberförsters Drews; der Arbeiter Karl Blume.

Neumarkt. Getauft: Otto, Sohn des Arbeiters Albert; Renate-Gertrud, T. d. Arbeit. Schlowisch. — Getraut: Der Monteur Franz Nicolin mit Frau Frieda geb. Selle.

Bekanntmachung.

Die Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen den einstweiligen Steuerbescheid des beschleunigt zu erhebenden Reichsnotopfers

beginnt mit dem 15. März u. endet mit 14. April 1921.

Wird einem Abgabepflichtigen der einstweilige Steuerbescheid erst nach dem 15. März zugestellt, so beginnt die Einspruchsfrist für ihn mit dem auf die Zustellung folgenden Tage und endet nach Ablauf eines Monats.

Merseburg, den 14. März 1921.

Finanzamt.
Gröse.

Blumen fürs Fest

empfiehlt in

reicher Auswahl

A. Trebst

Blumenhandlung

Entenplan 3. Fernr. 475.

Sommersprossen verschwinden! Durch einfaches Mittel! Leidensgenossen gebe kostenlos Auskunft. Frau **M. Poloni, Hannover.** D 288. Schließfach 106.

Friedrich Schultze, Bankgeschäft,

Merseburg a/S.

Markt 5. **Telephon 64.**

An- und Verkauf

von Wertpapieren, Aktien, Kuxen und Obligationen.

Beleihung. Hypothekenbeschaffung.

Darlehnsgewährung. Scheckverkehr

Wohnungstausch.

Merseburg nach auswärts.

Habe mittleres Einfamilienhaus mit Garten und Stall in Magdeburg. Offerten unter **A. B. 1000** an die Expedition dies. Blattes erbeten.

Große Zuchtvieh-Auktion!

Mittwoch, den 23. d. Mts., vorm. 9 Uhr versteigere ich im Gasthof „Zur Grünen Linde, hier, in einer „Streitsache" für Rechnung wen es angeht, öffentlich meistbietend gegen bar:

10 allerbeste hochtragende Kühe — innerhalb 3 Wochen kalbend.
2 frischmilchende Kühe mit Kälbern,
2 Jungrinder.

Sämtliche Rinder stammen aus den besten Herden der Wesermarsch und sind erstklassige Zuchttiere.

Besichtigung ab 8 Uhr.

Albert Franke, beeidigter Auktionator.

2. Zuchtschweine-Versteigerung

des Schweinezüchterverbandes in der Provinz Sachsen am Mittwoch, den 23. März 1921, vorm. 9 Uhr in Stendal in der Viehhalle am Ostbahnhof.

Es kommen zum Verkauf:

	Edelschweine	Veredelte Landschw.
Eber über 8 Monate alt	1	42
Eber 4—8 Monate alt	22	57
Sauen üb. 8 Monate alt (teils belegt)	10	16
Sauen 4—8 Monate alt	19	58

Sämtliche Bestände unterstehen der obligatorischen Gesundheitskontrolle des Bakteriologischen Instituts der Landwirtschaftskammer.

Der Verkauf erfolgt gegen Barzahlung, außerdem werden nur von Bankanstalten bestätigte Schecks in Zahlung genommen

Torf

schweren schw. Handstichtorf	10.— ℳ
schweren schw. Prestorf	14.— ℳ
Streutorf in Ballen gepreßt	12.— ℳ
Streutorf in Soden	6.— ℳ

per Zentner frei Waggon Nähe Bremen Torfwerke Gebr. Hirdes, Bremen.

Vereinigte Theater.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse 3
Telephon 529.

Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse 1
Telephon 529.

Programm von Dienstag, den 22. bis Donnerstag, den 24. März 1921.

Die Macht des Blutes

II. Teil:

„In der Schlinge des Inders!"

Drama in 2 Episoden von Hellmuth Ortmann mit den beliebten Darstellern:
Lee Parry, Violette Napierska, Felix Hecht und Robert Scholz.

Die weissen Rosen von Ravensberg.

Ein Film nach dem gleichnamigen Roman von Adlersfeld-Ballestrém. Großer Ausstattungsfilm; prächtiges Spiel.
In der Hauptrolle: **Uschi Ellirt.**

Anfang 5 Uhr.

Die Welt ohne Liebe

oder

Die Frau ohne Herz.

Ein Kapitel zu:
Diktatur der Liebe.
In der Hauptrolle: **Esther Carena.**

Ich - bin - Du

Ein seltsam tragisches Geschehnis in 5 Akten mit
Hans Mierendorff in d. Hauptrolle

Anfang 5 Uhr.

Großer

Gardinen-Verkauf

zu besonders billigen Preisen

in besten unbeschwerten Friedens-Qualitäten.

Gardinen-Stückware in 80—130cm breit 33.— 27.— 25.— 21.— 18.— **15.—**

Gardinen-Stückware in Vitragen- und Garnituren-Breite 15.— 13.— 10.— **9.—**

Künstler-Garnituren 2 Längsschäle, 1 Querbehang 250.— 200.— 150.— **140.—**

Gardinen-Kanten in Spachtel, Tüll etc. in 15—50 cm breit 18.— 12.— 10.— **5.—**

Tüll-Stores, Halbstores, Madras-Garnituren Bettdecken, Scheibenschleier etc.

Möbel- und Portieren-Stoffe Läuferstoffe, Tisch-, Komoden-, Diwan- Sofa-Decken.

in sehr schöner großer Auswahl zu den niedrigsten Tagespreisen

Otto Dobkowitz,

Merseburg.

Ernst Ruffes

Tuch-Handlung Herren-Schneiderei
Gothardistraße 16.

Münchener Lodenmäntel □ *Continental-Gummimäntel*

Fertige Sommer-Paletots aus Covercoat.

Die Frau.

Ein neuzeitliches Gesundheitsbuch v. Dr. med. H. Paull. Aus dem Inhalt: Der weibliche Körper, Periode, Ehe u. Geschlechtstrieb, Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, Prostitut, Geschlechtskrankheiten, Wechseljahre usw. Ein umfangreiches gründlich. Werk mit **vielen Abbildungen.** Preis kart. 19.— Mk. geb. 23.— M. portofr. durch Nachn.

Verlag Hellas,
Berlin-Tempelhof 314

Stadttheater Halle.

Dienstag, abends 7½ Uhr: **Das Glück im Winkel**
Mittwoch, abends 7½ Uhr: **Drum prüfe, wer sich ewig bindet. (Don Pasquale.)**

Thalia-Theater.
Maria Magdalena.

Donnerstag, abds. 7½ Uhr: **Die Walküre.**
Freitag: **Geschlossen.**
Sonnabend, abds. 7½ Uhr: **Die Zauberflöte.**

Achtung! Bestellung auf lebende Karpfen u. Schleien zu den Osterfeiertagen nehme entgegen

Wochenmarkt Neu-Rössen Merseburg, Oelgrube 27.

Berger.

Umzugs-Ausverkauf.

Großer Posten

Anzüge à 265 Mk.

Ausserdem meine Riesenauswahl **eleganter Neuheiten,** bf. Jack.-Anzüge 350—675 ℳ el. Gutaw. m. Westen bis 475 ℳ, Hosen, geistrst. zu Fabrikpreis, el. Sommer-Paletots

Leipzig, Baumgärtel. Burgstr. 13 II. l.

Sonntags in der Wohnung daselbst.

Bei Kauf vergütet Fahrgeld

Adressenschreiber (in)

für dortigen Bezirk gesucht Monatl. Gehalt **800.—** Mk. Anfragen Rückporto.

Mart. Pott, Delitzsch

Suche per 1. April oder später einen

Lehrling.

Fritz Leberl
Drogen- u. Farben-Handl.
Merseburg.

Sehr beliebt

in allen Frauenkreisen u. in der Zeit der Kleiderknappheit besonders **wertvolle** Helfer sind:
das **Favorit-Moden-Album,** das **Jugend-Moden-Album,** das **Favorit-Handarbeits-Album,** Preis je Mk. 3.—, postfrei Mk. 3.40 der **internat. Schnittmanufaktur, Dresden-N. 8.**

Nach Favorit-Schnittmustern zu schneidern ist sparsam und leicht. Alles sitzt und zeugt von Geschmack. Besonders zu empfehlen:

Köster, Der selbstgemachte Straßenschuh. Eine Anleitung z. Selbstherstg. v. nonen Straßen- u. Hausschuhen aus Stoffresten und Leder Ersatzsohlen, nur 1,50 Mk., postfrei 1,70 Mk.

Institut Boltz Jimenau Thür. Gint.-Abtur

Für unser Lebensmittel-Geschäft, Markt 15, suchen wir zum sofortig. Antritt eine weitere

vorgebildet. gewandte

Verkäuferin

sowie eine

jüngere, lernende

Verkäuferin.

Gesuch mit Zeugnissen erb. an den Vorstand des **Beamten-Wirtschaftsvereins G m b. H. Merseburg.**

1 Chaiselongue gebraucht, aber noch gut erhalten, von jungem Ehepaar zu kaufen gesucht. Offerten unter **H. M. 17.** an die Exped. d. Zeitung

Dienstmädchen erhält, wer die **Unstrut-Zeitung Laucha** zur Insertion benutzt.

Grammophon

trichterlos, Schrank) für preiswert zu verkaufen. **Weinberg 7.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210321-10/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 67 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 21. März 1921.

Deutscher Reichstag

Berlin, 19. März.

Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz wird einem Ausschuß überwiesen. Das Gesetz zur Aenderung des § 11 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung und das Gesetz über die Vertretung der Länder im Reichsrat werden in allen drei Lesungen angenommen. Danach hat jedes Land im Reichrat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme. Kein Land darf durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein.

Die

Reichshaushaltspläne für 1920 und 1921

werden in dritter Lesung gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen, desgleichen verschiedene Anträge u. a. betr. der Zulassung der Frauen zum Börsenbesuch, die Errichtung eines parlamentarischen Beirats zur Zentrale für Heimatdienst und die Förderung der Beamtenfürsorge.

Es folgt die zweite Beratung des

Postgebührengesetzes.

Während die Vorlage das Porto für Postkarten und Briefe ohne Rücksicht auf die Entfernung auf 40 bezw. 60 ₰ erhöhen will, soll nach dem Ausschußantrag eine Postkarte im Ortsverkehr 30 im Fernverkehr 40 ₰ kosten, ein Brief bis 20 Gramm im Ortsverkehr 40, im Fernverkehr 60 ₰.

Abg. **Zubeil** (U. S.) betrachtet die Vorlage als eine indirekte Steuer, durch die die bürgerlichen Parteien die direkten vermindern wollen. Er könne nur bei entsprechenden Reformen in der Post verwaltung dem Etat zustimmen.

Abg. **Pinkau** (Soz.): Wir stimmen dem Ausschußantrag zu und beantragen einen Zusatz, wonach Bildpostkarten, auf deren Vorderseite Grüße mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind, als Drucksache befördert werden sollen.

Abg. **Maltzahn** (Komm.) wendet sich gegen die Erhöhungen.

Postminister **Giesberts**: Gegen den sozialdemokratischen Antrag habe ich Bedenken. Früher wollte man ja Ansichtskarten sogar besteuern, weil sie kein notwendiger Bedarfsartikel sind. Ueber Mangel an Entgegenkommen kann sich die Presse nicht beklagen. Wir verlangen so schon nur Zeitungsversandgebühren, die nicht einmal den sechsten Teil der Selbstkosten decken.

Der Antrag **Pinkau** (Ansichtspostkarten) und der Ausschußantrag, der die Ortstaxe wieder einführt, werden darauf angenommen, ebenso das Auslandspostgebührengesetz, die Novelle zum Postscheckgesetz, die Erhöhung der Telegraphengebühren und schließlich auch die ganzen Postvorlagen in 2. und 3. Lesung.

Es folgt die 2. Beratung der

Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Abg Dr. **Bartsch** (U. S.): Die Vorlage bedeutet eine weitere Verschlechterung des Gesetzes. Bei den Lohn- und Gehaltsempfängern ist die Steuerschraube bis ins Unerträgliche angezogen.

Abg. **Düwell**: Das Gesetz verdient eine Prämie für die Aufstellung aller Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung.

Abg. **Becker-Hessen** (D. Vpt.): Wir erreichen mit der Novelle, daß der Tarif für Einkommen bis 100 000 M wesentlich herabgemindert wird. Das ist unser Verdienst. Wir erreichten auch, daß derjenige neu eingeschätzt wird, der im vorigen Jahr Verluste gehabt hat.

Abg. Dr. **Helfferich** (Dn.): Die Novelle bedeutet eine wesentliche Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Form, namentlich weil der Lohnabzug zur Lohnsteuer ausgestaltet wird. Eine doppelte Besteuerung des Einkommens des Kalenderjahrs 1920 muß vermieden werden.

Ein Antrag, die Ausgaben für kirchliche Zwecke frei zu lassen, wird gegen die Linksparteien angenommen, ebenso wird die Regierungsvorlage, die Beiträge für wissenschaftliche Zwecke bis zu 10 Prozent des Einkommens steuerfrei zu lassen, im Hammelsprung mit 141 bürgerlichen Stimmen gegen 138 sozialistische angenommen. Als bei einer dieser Abstimmungen einige Abgeordnete der Mitte eine unbestimmte Haltung einnehmen, bittet Präsident Löbe die Herren, recht entschieden zu stehen oder zu sitzen. (Heiterkeit.)

Die nach den Ausschußbeschlüssen angenommene Steuerstaffelung beträgt demnach für die ersten 24 000 M 10 Prozent, für die nächsten 6000 M 20 Prozent, für die nächsten 5000 M 25 Prozent usw., für je 5000 M immer 5 Prozent mehr bis zu einem Gesamteinkommen von 50 000 M, für die weiteren 70 000 M 45 Prozent, für die weiteren 80 000 M 50 Prozent, für die weiteren 200 000 M 55 Prozent und für weitere Beträge 60 Prozent.

Abg. **Kiel** (Soz.) beantragt eine Milderung für die über 60 Jahre alten Steuerpflichtigen, die zugleich eine Kapitalertragssteuer zu zahlen haben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen Verdoppelung des steuerfreien Einkommensteils, die Regierungsvorlage wird jedoch angenommen.

Abg. **Aufhäußer** (U. S.) beantragt die Streichung der Bestimmung, daß Ausgaben für Kleinwohnungsbauten steuerabzugsfähig sein sollen.

Abg. **Sollmann** (Soz.): Die Ausschußvorlage ist auch nur ein Stück Aushöhlung der Einkommensteuer. Wir lehnen sie ab, beantragen eventuell Sicherungen.

Abg. **Behrens** (Dn.): Es gibt kaum eine sozialere Maßnahme, als die vom Ausschuß geschaffene Bestimmung. Sie wird für die Belebung des Baumarktes sorgen.

Abg. **Pohlmann** (Dem.) beantragt einen Zusatz, wonach bei Wiederveräußerung des Gebäudes die steuerfreien Aufwendungen wieder zur Steuer herangezogen werden.

Die Bestimmung wird in der Form des Antrages Pohlmann angenommen.

Präsident **Löbe**: Bei der Abstimmung des Gesetzes über die Vertretung der Länder im Reichsrat sind Bedenken laut geworden, ob bei der Abstimmung die verfassungsmäßig nötigen zwei Drittel der Mitglieder des Hauses anwesend waren. Ich wiederhole deshalb die Abstimmung und stelle fest, daß jetzt zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind. Das Gesetz ist angenommen.

Es folgt die 2. Beratung des Gesetzes über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung. Die Regierungsvorlage wollte den Jahresverdienst auf 5400 M festsetzen. Der Ausschuß beantragt 12 000 M.

Abg. **Karsten** (U. S.) tritt für eine angemessene Erhöhung der Rentensätze ein.

Reichsarbeitsminister **Braun**: Die Regierung bittet die Drittelungsgrenze auf 9000 M und die Zulagen zu den Altersrenten auf die Renten von 50 Prozent und mehr zu beschränken.

In namentlicher Abstimmung wird ein Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es bleibt bei 12 000 M.

Ein Ausschußantrag, den Altrentnern dieselben Zulagen zu gewähren wie den Neurentnern, wird auf Antrag der Regierungsparteien gestrichen.

Darauf folgte die 2. Beratung des Gesetzes über die

Auflösung der Selbschutzorganisationen.

Abg. **Fischer-Köln** (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. (Ihr Ergebnis teilen wir an anderer Stelle mit. Die Schriftleitung.)

Von den Unabhängigen und Kommunisten wird bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes von ihrer Gewohnheit, alle Ordnungsorganisationen zu bekämpfen, ausgiebig durch lange Reden Gebrauch gemacht. Als der Vertreter der Bayrischen Volkspartei sich gegen den Gesetzentwurf wandte, gab es auf der Linken einen üblen Lärm. Das Gesetz wird trotzdem angenommen. Der Präsident schlägt vor, in einer neuen Sitzung, die noch am gleichen Abend stattfinden soll, die dritte Lesung des Gesetzentwurfes vorzunehmen. Da der Widerspruch der Kommunisten von den dazu nötigen 15 Abgeordneten nicht hinreichend unterstützt werden kann, wird das Gesetz nach kurzer Unterbrechung der Sitzung auch

in dritter Lesung angenommen.

Nachdem auch das Gesetz zur Aenderung der Einkommensteuer in dritter Lesung angenommen ist, tritt, da damit das Arbeitspensum erledigt ist, das Haus schon jetzt in die Osterferien.

Die Einigung über die Entwaffnung.

Der 28. Ausschuß des Reichstages gelangte am Sonnabend bei der fortgesetzten Beratung der Maßnahme zur Durchführung der Art. 177 und 178 des Friedensvertrages (Entwaffnung) zu einem Kompromiß auf Grund des nachstehenden Antrages Schiffer (Dem.):

§ 1. „Geht aus der Satzung oder dem Verhalten einer Vereinigung hervor, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen des Art. 177, 178 des Friedensvertrages steht, so ist sie aufzulösen. Die Auflösung erfolgt durch die Oberste Landesbehörde mit Zustimmung der Reichsregierung; sieht die Oberste Landesbehörde von der Auflösung ab, so kann sie von der Reichsregierung verfügt werden."

§ 2. Zum Zwecke der Vorbereitung und der Durchführung ihrer Entschließung kann die Reichsregierung Ermittelungen anstellen und im Rahmen der Gesetze die ihr notwendig erscheinenden Anordnungen treffen. Sämtliche Zivilbehörden des Reichs, der Länder und der öffentlichen Selbstverwaltungskörper, mit Ausnahme der Gerichte, haben innerhalb ihrer Zuständigkeit den Anordnungen der Reichsregierung, welche sich auf die Durchführung dieses Gesetzes beziehen, Folge zu leisten. Die Anordnungen der Reichsregierung sind durch die oberste Landesbehörde den zuständigen Landesbehörden zu übermitteln. Die Gerichte haben innerhalb ihrer Zuständigkeit der Reichsregierung Rechtshilfe zu leisten. Die Vorschriften des 13. Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 3. Wer sich an einer nach § 1 aufgelösten Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Geldstrafe bis zu 50 000 M oder mit Festung bis zu 3 Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Zeit bestraft. Ebenso wird bestraft, wer sich als Lehrer oder Schüler einer Unterrichtsanstalt oder Universität an einem Verstoße gegen die Bestimmungen der Artikel 177. 178 des Friedensvertrages beteiligt oder wer einer nach § 2 erlassenen Anordnung der Reichsregierung zuwiderhandelt.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft."

Dieser Formulierung widersprachen die Deutschnationalen mit der Begründung, es handle sich um ein verfassungswidriges Gesetz, ferner die Unabhängigen und Kommunisten, denen der Schiffersche Entwurf noch nicht weit genug ging, weil er nicht die unbedingte Pflicht zur Auflösung der Selbstschutzorganisationen aussprach. Der entscheidende § 1 wurde mit 11 gegen 9, der § 3 mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen. Der § 2 fand Stimmengleichheit nach Ablehnung mehrerer Abänderungsanträge.

In dem § 2 des Schifferschen Entwurfes wurde auf Antrag der Sozialdemokraten ein § 2a mit folgendem Wortlaut eingefügt: „Im Falle der Auflösung einer Vereinigung sind alle Militärwaffen der Vereinigung sowie alle Gegenstände der Vereinigung oder ihrer Mitglieder, welche den in den Artikeln 177-178 des Friedensvertrages von Versailles angeführten Zwecken unmittelbar dienen, zugunsten des Reiches zu beschlagnahmen und einzuziehen."

In der Gesamtabstimmung wurde der Schiffersche Entwurf mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen.

In der Debatte war Reichsminister Koch für das Recht der Landesbehörden eingetreten und hatte erklärt, er könne sich nicht denken, daß irgend ein Land reichsgesetz-

---

Der Schatz der Sabäer

Roman von L. Tracy

35) (Nachdruck verboten.)

„Wäre mir nicht der wackelige Wagen aufgefallen, der in so rasender Eile dahinfuhr, daß er früher oder später notwendig zusammenbrechen mußte, und hätte ich mir nicht infolgedessen die Richtung gemerkt, die er einschlug, so würde es mir schwerlich gelungen sein, die rechte Fährte zu finden. Als ich beim Hotel vernahm, daß eine Dame in einem Wagen entführt worden sei, hegte ich von vornherein keinen Zweifel, daß sie in dem von mir beobachteten Gefährt gesessen haben müsse. Aber können Sie mir nicht mitteilen, Herr, aus welchem Grunde und auf wessen Geheiß man die junge Dame geraubt haben mag?"

Er hatte sich nicht langer enthalten können, die Frage zu stellen, die ihm so sehr am Herzen lag, seitdem der Anblick Erikas ihm eine so gewaltige Enttäuschung bereitet. Und Holmstetten hatte keine Veranlassung, ihm vorzuenthalten, was er hinsichtlich des von den Entführern begangenen Mißgriffs vermutete. Als El Jaridiah sich aus den Erklärungen des jungen Deutschen zusammenreimen konnte, daß der Anschlag gegen Frau von Heyden gerichtet gewesen war, und daß es sich bei der mit seiner Hilfe Geretteten um eine Freundin und Reisegefährtin seiner Gönnerin handle, erfuhr sein Benehmen plötzlich eine sehr auffallende Veränderung. Er fühlte sich von der Sorge befreit, irgendeine Absicht der Frau von Heyden durchkreuzt zu haben, und diese Gewißheit machte ihn mit einemmal wieder dienstwillig und zuvorkommend. Er erkundigte sich ritterlich nach Erikas Befinden, und als sie erwiderte, daß sie namentlich im Munde noch immer ziemlich starke Schmerzen verspüre, vertröstete er sie bis zu dem Augenblick, wo sie das Lagerfeuer wieder erreicht haben würden, an dem man ihnen vorhin eine so wertvolle Auskunft erteilt habe. Er versprach, ihr dort etwas Ziegenmilch zu verschaffen, die nicht nur ihre Schmerzen lindern, sondern auch ihre Kräfte heben würde. Und als sie eine Viertelstunde später wirklich zu der Stelle gelangten, wo die Männer noch immer um das Feuer saßen und den Geschichten des Märchenerzählers lauschten, löste er sein Versprechen gewissenhaft ein. Zwar war das Gefäß, in dem er ihr die Milch brachte, von recht zweifelhafter Sauberkeit; aber Erika erklärte, nie in ihrem Leben etwas Köstlicheres getrunken zu haben, und es entsprach ohne Zweifel der Wahrheit, als sie versicherte, daß ihre Schmerzen dadurch um ein bedeutendes gemindert worden waren.

Sie ritten weiter, und als sie den Brückendamm hinter sich hatten, hielt El Jaridiah sein Pferd an.

Es sei von hier nicht mehr weit bis zum Hotel, sagte er, und sie könnten den Weg dahin schwerlich verfehlen. Wenn die Dame imstande sei, ihn zu Fuß zurückzulegen, so würde das jedenfalls weniger Aufsehen erregen, als wenn sie zu zweien auf einem Rosse ihren Einzug in Massauah hielten. Er würde alsdann mit ihrer Erlaubnis das geliehene Pferd seinem Eigentümer zurückgeben und das seinige in den Stall bringen.

Erika fand seinen Vorschlag sehr einleuchtend und versicherte, daß sie sich durchaus kräftig genug fühle, um den Rest des Weges zu Fuß zurückzulegen. Aber sie fügte hinzu, daß sie Monsieur El Jaridiah selbstverständlich noch an diesem Abend im Hotel zu sehen erwarte, damit er den Dank ihres Großvaters in Empfang nehmen könne.

Der Araber versprach es; aber es war nicht seine Absicht, dies Versprechen einzulösen. Denn vorderhand war ihm an einer Aussprache mit Frau von Heyden wesentlich mehr gelegen als an dem Dank des fremden alten Mannes. Er hatte von Holmstetten erfahren, daß sie sich wieder auf der Jacht befinde, und er hatte seinen Vorschlag nur gemacht, um auf solche Weise eine Gelegenheit zu finden, sie so schnell als möglich dort aufzusuchen.

Er hatte es darum denn auch jetzt auffallend eilig und schnitt ziemlich kurz die Liebkosungen ab, die Erika und Holmstetten nach dem Absitzen dem edlen Tiere zuteil werden ließen, das sie nach ihrem unausgesprochenen Empfinden während der letzten Viertelstunden bis an die Pforten des Paradieses getragen.

22. Kapitel.

Es mochte schwer sein, sich eine Vorstellung von dem Aufsehen zu machen, das Holmstettens und Erikas unvermutetes Wiedererscheinen in dem von Polizeisoldaten und Neugierigen erfüllten Hotel de l'Univers hervorrief. Der Geschäftsführer brach im Uebermaß seiner Freude sogar in Tränen aus und lief mit Windeseile in das obere Stockwerk hinauf, um als der erste der fremden Exzellenza die Freudenbotschaft von der glücklichen Wiederkehr der verloren Geglaubten zu überbringen. Und als sich Erika dann mit einem Jubelruf an die Brust ihres vor Aufregung fast erschöpften Großvaters warf, schimmerte in der Menge der nachdrängenden Zuschauer auch manch anderes Auge verdächtig feucht.

War die seltsame Entführungsgeschichte doch inzwischen bereits zu einer Sensationsaffäre allerersten Ranges für Massauah geworden, und konnte man doch sicher sein, daß sie noch auf lange hinaus einen dankbaren Unterhaltungsstoff abgeben würde. Unter denen, die sich glückwünschend an Holmstetten herandrängten, war zur Freude des jungen Mannes auch der wackere Kapitän Stumpf, der es vortrefflich verstand, ihn mit Hilfe seiner kräftigen Seemannsfäuste alsbald aus dem Knäuel von Neugierigen zu befreien und ihn so weit abseits zu ziehen, daß sie ungestört miteinander reden konnten.

„Sie sind, weiß Gott, der wunderbarste Steuermann, mit dem ich je in meinem Leben gefahren bin," sagte er. „Aber eigentlich habe ich schon längst aufgehört, mich über irgend etwas zu wundern, was man an Ihnen erlebt. Sowie ich merkte, daß Sie fort waren, sagte ich zu dem alten Herrn: Wenn überhaupt noch ein Mensch imstande ist, sie zurückzubringen, so bringt er sie zurück, darauf können Sie Gift nehmen. Auf den Gouverneur habe ich mich nicht sonderlich verlassen, obgleich der Mann sich ja wie ein Verrückter gebärdet und seine ganze Garnison auf die Beine gebracht hat. Nach dem Alfiori, oder wie der Kerl sonst heißt, sucht die Polizei schon seit einer Stunde in allen Ecken und Winkeln von Massauah."

„Alfieri, meinen Sie," unterbrach Holmstetten seinen Redestrom, um mit dem Ausdruck höchsten Erstaunens hinzuzufügen: „Was in aller Welt wissen Sie von ihm? Und wie ist man darauf gekommen, daß er an Fräulein Erikas Entführung beteiligt gewesen sei?"

„Frau von Heyden hat es aufgebracht. Das kam nämlich so: Der Herr Geheimrat hatte mich beauftragt, die Mannschaft der Jolle mit dem Befehl für Tack an Bord zu senden, er solle alle auf der „Aphrodite" befindlichen Waffen an die Leute verteilen und sie kampfbereit halten für den Augenblick, wo der Herr Geheimrat zum Angriff blasen würde. Ich meine das natürlich bloß bildlich, das mit dem Blasen. Aber daß er in seiner Aufregung irgend was ganz Verrücktes unternommen hätte, wenn das Fräulein nicht heute noch wieder zur Stelle geschafft worden wäre, das ist nach meiner Ueberzeugung ganz gewiß. Na, auf diese Weise erfuhr also Frau von Heyden, die ahnungslos auf dem Schiffe war, was sich hier zugetragen, und sie schrieb dem Geheimrat ein Billett mit der Versicherung, daß kein anderer als der Fieri, oder wie er heißt, die Entführungsgeschichte angezettelt hätte. Herr von Sylvander solle darum von dem Gouverneur mit aller Entschiedenheit die sofortige Freilassung des Barons de Beauregard verlangen, denn der wäre der einzige Mensch, der mit dem schuftigen Italiener fertig werden könnte."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210321-10/fragment/page=0005
DFG

liche Bestimmungen nicht respektieren sollte; dann würden Recht und Gesetz in Deutschland eben nicht mehr gelten. Die Reichsregierung behandle die einzelnen Länder nicht verschieden, sie suche durch vorsichtige Behandlung eine Verständigung mit den Ländern.

Die Abgeordneten des 33. Provinzial-Landtages der Provinz.

(Die Orte in Klammern geben den Wahlkreis an.)

Deutschnationale Volkspartei:

1. Dr. Adler, Gymnasialdirektor, Salzwedel (Salzwedel). 2. v. Alvensleben, Landwirt, Neugattersleben (Kalbe). 3. Dr. Aughin, Rittergutsbesitzer, Gentha (Schweinitz). 4. Frhr. v. Bodenhausen, Landrat a. D., Pouch (Bitterfeld). 5. v. Byern, Rittergutsbesitzer, Zabaltuck (Jerichow). 6. Clubius, Oberlandesgerichtsrat, Naumburg (Naumburg). 7. v. Engelbrechten-Flow, Landrat a. D., Lüderitz (Stendal-Land). 8. Frhr. v. Erffa, Rittergutsbesitzer, Werburg (Schleusingen-Ziegenrück). 9. Fuchs, Kaufmann und Stadtrat, Erfurt (Erfurt-Stadt). 10. Dr. Gerele, Landrat, Torgau (Torgau). 11. v. Goldacker, Landwirt und Rittergutsbesitzer, Weberstedt (Langensalza). 12. Hebestreit, Gymnasialdirektor, Mühlhausen (Mühlhausen-Stadt). 13. Kluge, Landwirt, Stolzenhain (Weißenfels-Land). 14. Krentplin, Kaufmann, Gardelegen (Gardelegen). 15. Liebrecht, Schneidermeister, Magdeburg (Magdeburg). 16. Luther, Rittergutsbesitzer, Klepps (Jerichow). 17. Mähl, Pfarrer, Kemberg (Wittenberg). 18. Frhr. v. Müffling, Rittergutsbesitzer, Nimsdorf (Weißenfels-Erfurt-Land). 19. Pfäh, Buchdruckereibesitzer, Eilenburg (Delitzsch). 20. Dr. Rive, Oberbürgermeister, Halle (Halle). 21. Dr. Stanze, prakt. Arzt, Riestedt (Mansfelder Seekreis und Eisleben Stadt). 22. Frhr. v. Wilmowski, Landeshauptmann, Merseburg (Eckartsberga). 23. Dr. Zorn, Regierungsrat und komm. Landrat, Osterburg (Osterburg).

Deutsche Volkspartei:

1. Banse, Oberbürgermeister, Quedlinburg (Quedlinburg). 2. Dr. Carlsson, Syndikus, Halle (Halle). 3. Elze, Zimmermeister, Zörbig (Liebenwerda). 4. Fick, Rittergutspächter, Ithal (Saalkreis). 5. Fricke, Kaufmann und Rittergutsbesitzer, Roßla (Sangerhausen). 1. Georgi, Landwirt, Zeuchfeld (Querfurt). 7. Große, Amtsgerichtsrat, Wernigerode (Grafsch. Wernigerode). 8. Klatt, Verlagsbuchhändler, Mühlhausen (Mühlhausen-Stadt). 9. Kühnemann, Beigeordneter a. D., Schleusingen (Schleusingen-Ziegenrück). 10. Lampe, Landwirt, Walslawe (Oschersleben). 11. Lohmeyer, Landgerichtsrat, Naumburg (Merseburg). 12. Schultz, Kaufmann und Stadtrat, Halberstadt (Halberstadt Stadt). 13. Seldte, Fabrikbesitzer, Magdeburg (Magdeburg). 14. Walther, Bauunternehmer und Stadtrat, Erfurt (Erfurt-Stadt). 15. Wienrich, Kaufmann, Halle (Halle). 16. Witt, Kreistierarzt, Kalbe (Kalbe). 17. Dr. Zehle, Rechtsanwalt und Notar, Magdeburg (Magdeburg).

Zentrumspartei:

1. Dr. Breitenstein, Amtsgerichtsrat, Worbis (Worbis). 2. Dr. med. Kellner, prakt. Arzt, Küllstedt (Mühlhausen-Land) 3. Lorenz, Oekonomierat, Geismar (Heiligenstadt). 4. Schilling, Taubstummenlehrer, Halberstadt (Magdeburg). 5. Schmidt, Postdirektor, Halle (Halle).

Deutsche demokratische Partei:

1. Beck, Bürgermeister, Gardelegen (Gardelegen). 2. Dr. phil. Dreybrodt, Chemiker und Betriebsleiter, Bitterfeld (Bitterfeld). 3. Dr. Keil, Geh. Justizrat, Halle (Halle). 4. Koerlin, Seminarlehrer, Merseburg (Merseburg). 5. Dr. v. Krause, Landrat, Querfurt (Querfurt). 6. Kurdum, Landwirt, Ladeburg (Jerichow I). 7. Miller, Kaufmann, Magdeburg (Magdeburg). 8. Rohde, Landwirt und Lehrer, Lupitz (Salzwedel). 9. Rollert, Prokurist und Stadtverordneter, Erfurt (Erfurt-Stadt). 10. Trittel, Studiendirektor, Neuhaldensleben (Neuhaldensleben). 11. Zimmermann, Landrat, Weißenfels (Weißenfels-Land).

Sozialdemokratische Partei:

1. Baer, Rechnungsführer, Magdeburg (Magdeburg). 2. Beims, Oberbürgermeister, Magdeburg (Magdeburg). 3. Benda, Mittelschullehrer, Erfurt (Erfurt-Stadt). 4. Bergemann, Landrat, Kalbe (Kalbe). 5. Bopp, Gewerkschaftssekretär, Wernigerode (Grafschaft Wernigerode). 6. Böttger, Landrat, Wolmirstedt (Wolmirstedt). 7. Dähms, Arbeiter, Magdeburg (Magdeburg). 8. Ecke, Zimmerer, Alen (Kalbe). 9. Friedrich, Amtsvorsteher, Großmühlenstieg (Jerichow II). 10. Garbe, Bergarbeiter, Halle (Mansfelder Seekreis und Stadt Eisleben). 11. Gentz, Landesobersekretär, Merseburg (Merseburg). 12. Hahn, Landrat, Wanzleben (Wanzleben). 13. Hähnsen, Parteisekretär, Magdeburg (Magdeburg). 14. Dr. Heine, Landrat, Oschersleben (Oschersleben). 15. Herkt, Landrat, Stendal (Stendal-Land). 16. Lebbin, Metallarbeiter, Bitterfeld (Bitterfeld). 17. Müller, Landrat, Quedlinburg (Quedlinburg). 18. Rietz, Weißgerber, Osterwieck (Halberstadt-Land). 19. Stollberg, Stadtverordnetenvorsteher, Burg (Jerichow I). 20. Thiele, Landrat, Halle (Halle-Stadt). 21. Uffrecht, Fabrikbesitzer, Neuhaldensleben (Neuhaldensleben). 22. Vogt, Landrat, Liebenwerda (Liebenwerda). 23. Weber, Oberbürgermeister, Halberstadt (Halberstadt-Stadt). 24. Weise, Geschäftsführer, Suhl (Schleusingen-Ziegenrück). 25. Winzer, Parteisekretär, Magdeburg (Magdeburg).

Unabhängige sozialdemokratische Partei:

1. Bach, Gewerkschaftsbeamter, Magdeburg (Magdeburg). 2. Dieckmann, Parteisekretär, Salzwedel (Quedlinburg). 3. Graul, Parteisekretär, Magdeburg (Kalbe). 4. Hennig, Schriftsteller, Halle (Halle). 5. Henze, Kaufmann, Hesserode (Grafschaft Hohenstein). 6. Löffler, Erster Bürgermeister, Zeitz (Zeitz-Stadt). 8. Nowag, Bürgermeister, Sömmerda (Weißensee-Erfurt-Land). 9. Nettig, Schuhmachermeister, Suhl (Schleusingen-Ziegenrück). 10. Scharfenberg, Angestellter, Teuchern (Weißenfels-Land). 11. Scheller, Bergarbeiter, Aue (Zeitz-Land). 12. Scholz, Parteisekretär, Erfurt (Erfurt-Stadt). 13. Stammer, Landrat, Bitterfeld (Delitzsch).

Vereinigte kommunistische Partei:

1. Bickel, Schlosser, Erfurt (Erfurt-Stadt). 2. Denkewitz, Gemeindeangestellter, Ammendorf (Saalkreis). 3. Dornblut, Kontrolleur, Weißenfels (Weißenfels-Land). 4. Drechsler, Schriftleiter, Halle (Mansfelder Gebirgskreis). 5. Fiedler, Bezirkssekretär, Halle (Merseburg). 6. Franzke, Stadtrat, Sangerhausen (Sangerhausen). 7. Gruson, Kernmacher, Magdeburg (Magdeburg). 8. Hartmann, Sattlermeister, Freiroda (Delitzsch). 9. Hempel, Landarbeitersekretär, Torgau (Wittenberg). 10. Machlitt, Hedwig, Hausfrau, Eisleben (Mansfelder Seekreis und Eisleben-Stadt). 11. Märker, Kaufmann, Teutschenthal (Mansfelder Seekreis und Eisleben-Stadt). 12. Nebert, Gemeindesekretär, Grippin (Bitterfeld). 13. Osterburg, Korrektor, Halle (Halle). 14. Reichert, Minna, Parteisekretärin, Halle (Liebenwerda). 15. Schippa, Bauarbeiter, Zeitz (Querfurt). 16. Tominski, Schriftsetzer, Halle (Halle). 17. Wallstab, Friseur, Staßfurt (Kalbe).

Turnen, Spiel und Sport.

Wacker Saalekreismeister!

Die Einigung unter den Sportverbänden vollzogen. — Mitteldeutschland Pokalsieger. — Sportverein 99 II, Abteilungsmeister in der 2b Klasse. — B. C. Preußen III, Abteilungsmeister in der 3b Klasse.

Turner und Sportler wieder einig!

Die nachstehende Bekanntmachung der drei Sportverbände und der deutschen Turnerschaft lassen erkennen, daß die Streitigkeiten beigelegt sind.

In Besprechungen der Deutschen Turnerschaft mit den drei Sportverbänden am 20. März 1921 wurde eine Einigung erzielt. Die Deutsche Turnerschaft verzichtete auf die Verleihung des Meistertitels in allen leichtathletischen Uebungen, im Schwimmen und im Fußball, die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik und der Deutsche Schwimmverband gestehen dagegen den Mitgliedern der Deutschen Turnerschaft die Teilnahme an allen derartigen Meisterschaftskämpfen zu, ohne daß diese Mitglieder der Fachverbände sind. Die Deutsche Sportbehörde gestattet ferner ihren Angehörigen die Teilnahme an Gau-, Bezirks-, Kreis- und Deutschen Turnfesten der Deutschen Turnerschaft sowie bei gewissen gemeinsamen Werbeveranstaltungen, während die Deutsche Turnerschaft das Recht behält, auch bei anderen Anlässen innerhalb ihrer Kreise für ihre Mitglieder die nicht den Sportverbänden angehörenden, leichtathletische Veranstaltungen durchzuführen. Der Deutsche Fußballbund wird die bestehenden Fußballvereinigungen der Turnvereine aufnehmen, und die Sportverbände haben die von ihnen bekanntgegebenen Kampfmaßnahmen aufgehoben.

* * *

Wacker-Halle Saalekreismeister 19

Das Rennen um den Meistertitel in der Saalekreisklasse ist beendet. Wacker-Halle hat durch einen überraschend klaren 4:0-Sieg über Borussia die seltene Leistung fertig gebracht, den Meistertitel erfolgreich im zweiten Jahre zu verteidigen. Bei der Wackermannschaft ruht die Vertretung des Saalekreises in den Spielen um die Mitteldeutsche Meisterschaft zweifellos in guten, unseres Erachtens sogar in besten Händen. — In dem Merseburger Sportprogramm schnitten die einheimischen Mannschaften allenthalben recht gut ab. Sehr ehrenvoll unterlag VfL (Liga) in Zeuna mit 1:0 dem 1. Sportverein. In den beiden erstklassigen Verbandsspielen triumphierte der Sportverein 99 mit 9:0 über Wacker-Zörbig und Preußen-Merseburg mit 2:1 über Ammendorf auf Gegners Platz. In den unteren Klassen wurden sogar durch Sportv. 99 II und Preußen III zwei Meisterschaften nach Merseburg entführt, wahrlich ein gutes Zeichen für die Fortschritte im Merseburger Fußballsport!

Ueber das einzige Merseburger Spiel schreibt unser Berichterstatter:

Sportv. 99 (fr. Hohenzollern) I — Wacker I-Zörbig 9:0 (5:0)

Auch dem Tabellenletzten der ersten Klasse war für das Merseburger Spiel gegen den Sportverein 99 keine andere Aufgabe als die des Punkt- und Torlieferanten bestimmt. Daß die Gäste diese ihre Aufgabe restlos erfüllten, beweist das Resultat. Es mag als Entschuldigungsgrund mehrfacher Ersatz bei Zörbig angeführt werden, trotzdem aber muß ihre Berechtigung zur Ausnahmeklasse der ersten Klasse nach dem gestrigen Spiel stark angezweifelt werden. Die Leistungen der Gäste standen jederzeit weit hinter denen Merseburgs zurück, und es ist wohl nicht zuviel gesagt, wenn man von einem Klassenunterschied spricht, der beide Gegner in ihrem fußballsportlichen Können voneinander trennte. Im übrigen hatte das Spiel große Aehnlichkeit mit der vor vierzehn Tagen an derselben Fußballstätte gezeigten Begegnung der 99er mit der Sportvereinigung Halle. Auch bei Zörbig raste wie damals bei Halle leidlich der Torwächter aus der Elf hervor, der mit katzenartiger Gewandtheit hohe und flache Bälle aus den entsegensten Ecken herausfischte; die neun Tore waren für ihn sämtlich unhaltbar. Sonst ist über Zörbigs Mannschaft wenig oder garnichts zu berichten; vielleicht wäre noch der Rechtsaußen zu erwähnen, der bisweilen Ansätze zu gutem technischen Spiel zeigte. Merseburg dagegen war gestern wieder in alter Form. Jeder einzelne suchte das Leder in möglichst flacher Kombination dem feindlichen Tor zuzutragen, wo dann der Innensturm, der gestern wieder vom Mittelläufer Gödicke prächtig unterstützt wurde, fleißig und scharf schoß. Den Torreigen eröffnete Franke bereits in der 7. Minute durch scharfen Schuß in die rechte Ecke, auf dieselbe Weise ließ Klein mit unheimlicher Schärfe Nummer drei und vier sowie Gödicke aus einem Strafstoß Nummer fünf folgen. Dann befreite die Halbzeit auf einige Minuten Zörbig von dem scharf drängenden Gegner. Nach der Pause dasselbe Bild. Ein verwandelter Elfmeter durch Klein machte das halbe Dutzend voll, dann kann Franke durch scharfen Schrägschuß. B. Wuttke durch verwandelten Eckball und wieder Franke in schöner Einzelleistung das Resultat auf 9:0 stellen. Zörbig, die kaum über die Mitte kamen, geht leer aus, nur zwei Eckbälle und [illegible] Schuß an den Pfosten in der ersten Halbzeit blieben ihre Erfolge. Herr Ligaschiedsrichter Böttcher (98 Halle) hatte kaum Gelegenheit, einzugreifen, war aber durchaus einwandfreien Unparteiischen als knapper, verdienter Sieger das Feld verlassen kann.

*

Leichtathletik. Bei dem Frühjahrs-Waldlauf des SC „Marathon" konnte Walter Weber vom Sportverein 99 (fr. Hohenzollern) unter 257 Teilnehmern als fünfter durchs Ziel gehen. Eine Leistung, die bei der guten Klasse nicht hoch genug angerechnet werden kann. Die Veranstaltung wickelte sich mustergültig ab. Das Hauptinteresse wandte sich dem Lauf der Senioren und Junioren zu. Vom Start weg setzte sich Grafmann, VfB Herrbera, an die Spitze, die er auch nicht wieder abgab. In gefälligem, wenn auch noch etwas rohrstem Stile, machte er sich sein Rennen selbst, um zum Schluß mit etwa 30 Meter Vorsprung sicher zu gewinnen. Sehr gut hielt sich Röber von Sachsen 09 Chemnitz, ihm folgten Kühn (Gispersleben), Illge, VfL Bitterfeld, Weber, Sportverein 99 Merseburg, Schubert, Marathon Leipzig. Bumel und Apitzsch hatten aufgegeben.

Politische Rundschau

Ein amerikanischer General über die Schwarze Schmach.

Dem amerikanischen Senat wurde ein Bericht des Generals Allen, des Oberbefehlshabers der amerikanischen Truppen im Rheinland, über die Schwarze Schmach vorgelegt. Es wird bestätigt, daß in einer Anzahl von Fällen die französischen Militärgerichte einschreiten mußten, daß bei weitem nicht alle Gewaltaten farbiger Soldaten bekannt werden und hebt hervor, daß die Senegalesen schlecht diszipliniert sind. Es wird zugestanden, daß die von den französischen Militärgerichten wegen solcher Gewalttaten gegen die Farbigen verhängten Strafen milde sind.

Trotz dieses Versuchs der Objektivität gibt Allen an, daß kein Neger mehr im Rheinland verwendet werde. Er überliest dabei, daß sich die Proteste der deutschen Bevölkerung nicht bloß gegen Neger im engeren Sinne, sondern gegen alle halbwilden Truppen, Madagasser, Tonkinesen, Nordafrikaner und besonders die Marokkaner richten, die den Senegalesen an Roheit mindestens gleich stehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210321-10/fragment/page=0006